

**Otfried Höffe**

## **Demokratie in Zeiten sinkenden Wohlstandes**

Vortrag auf der Konferenz  
**„Besser statt mehr – Wohlstand im 21. Jahrhundert“**  
des Denkwerks Zukunft - Stiftung kulturelle Erneuerung  
am 30. November 2009 in Berlin

**Prof. Dr. Dres. h.c. Otfried Höffe, Leiter der *Forschungsstelle Politische Philosophie*,  
Philosophisches Seminar der Universität Tübingen, Bursagasse 1, 72070 Tübingen,  
Tel: 07071-29 74549; Fax: 29 5052, e-mail: sekretariat.ohoeffe@uni-tuebingen.de**

Lange Zeit hatten Pessimisten leichtes Spiel. Wohin sie auch schauten – überall nahmen sie eine kriselnde Demokratie wahr. Der Pessimismus machte sich schon vor der Wirtschaftskrise breit. Heute, in der Krise, hätte er sich bestätigen müssen, zumal wenn man, wie vielerorts, die Demokratie an das Versprechen wachsenden Wohlstandes bindet, den Wohlstand nur materiell versteht und pekuniär misst. In der realen Politik sieht man auch vielerorts das Wirtschaftswachstum an der Spitze der Agenda stehen und in seinem Gefolge die Hoffnung auf einen wieder zunehmenden materiellen Wohlstand. Sollte dieser aber trotz facettenreicher Rettungsversuche sinken, so müssten die Chancen der Demokratie schlecht stehen. Meine Frage lautet: Trifft diese teils nur behauptete, teils praktizierte Bindung an das Versprechen wachsenden materiellen Wohlstandes tatsächlich zu?

Meine Antwort erfolgt in vier Schritten: Zunächst breite ich skeptische Argumente aus; sie belaufen sich auf die Gegenthese: Die Demokratie verspricht keine Wohlsandszunahme. Sodann stelle ich die Gegenfrage, was die Demokratie heute denn tatsächlich gefährdet. Als Drittes überlege ich, ob sie sich noch durch Zukunftsfähigkeit auszeichnet. Und im Ausblick skizziere ich Alternativen zum Lebensziel materiellen Wohlstandes.

### *1. Demokratie verspricht keine Wohlstandszunahme*

Gegen die angebliche Wohlstandsbindung der Demokratie sprechen drei grundverschiedene Arten von Argumenten: der Begriff der Demokratie, ein Gerechtigkeitsargument und ein schlichtes empirischen Argument, nämlich ein Blick in die Alltagserfahrung.

Das erste Argument ist so bekannt, dass die bloße Erinnerung genügt. Ich übergehe die Unterschiede von präsidentialer oder aber Kanzlerdemokratie, von föderaler oder zentralisierter Demokratie. Statt dessen entwickle ich ein Modell, das sich aus zwei Dimensionen aufbaut und „aufgeklärt liberal“ heiße. Es versucht nämlich, die Errungenschaften der liberalen

Demokratie zu bewahren, liberalistischen Engführungen aber zu entgehen und den Kern des republikanischen Modells, eine breite Bürgerpartizipation, zu integrieren.

Weil ein Gemeinwesen öffentliche Gewalten braucht, hat es einen Herrschaftscharakter. Dessen Rechtfertigung unternimmt die *erste* Dimension der Demokratie mit zwei Argumenten: Nach der formalen, herrschaftsetablierenden Legitimation geht die Herrschaft von den Betroffenen aus. Nach der materialen, herrschaftsnormierenden Legitimation muss die Herrschaft den Betroffenen, den Rechtsgenossen, zugute kommen. Für dieses „government“ nicht bloß „of the people“, sondern auch „for the people“ dienen die zwei Leitaufgaben, die Friedenssicherung nach innen und außen und die mit den Menschenrechten anhebende politische Gerechtigkeit.

Wird die Herrschaft von den Rechtsgenossen, dem Volk, nicht bloß legitimiert, sondern auch ausgeübt, so entsteht die *zweite* Dimension, eine herrschaftsausübende Demokratie. Hier findet im Rahmen der zwei Leitaufgaben die gewöhnliche demokratische Politik statt, ihre Auseinandersetzung um Sachgeschäfte und Personen. Die formale Vollendung erreicht diese Demokratie in ihrer partizipativen Gestalt. Sie beginnt mit einer politischen Öffentlichkeit, in der die Bürger auch dort als Träger der Politik agieren, wo sie nicht direkt wählen oder entscheiden. Sie setzt sich im weiten Feld der Zivil- bzw. Bürgergesellschaft fort. Und um die schon von Platon (*Politeia*, Buch VIII, 555b ff.) und Aristoteles (*Politik*, Buch III, 1279b.), später von John Stuart Mill befürchteten Auswüchse, eine ungebremschte Machtausübung nur der Armen und Unwissenden, zu verhindern, trägt ein demokratiefunktionaler Sozialstaat dafür Sorge, dass möglichst alle Bürger die empirischen Voraussetzungen von Demokratiemündigkeit erreichen können.

Dieser Blick in elementare Staatsbürgerkunde führt zur ersten These: Die Staatsform des Westens versteht sich primär als liberale und soziale, nicht als wohlstandsmehrende Demokratie. Die Hebung des Bildungsniveaus ist ihr daher wichtiger als eine materielle Besserstellung. Denn diese könnte lediglich den Konsum steigern, zugleich das Interesse am Gemeinwohl schwächen. Politisch mündige Bürger brauchen jedenfalls materiell nicht viel; ihnen genügt ein elementares Auskommen.

Mit meinem zweiten, einem Gerechtigkeitsargument erinnere ich lediglich an die Grundsätze der immer noch bedeutendsten Gerechtigkeitstheoretiker der letzten drei Generationen: Nach John Rawls' *Theory of Justice* genießt der Kern der liberalen Demokratie, das System der Freiheitsrechte, den absoluten Vorrang. Erst danach kommt die Chancengerechtigkeit und das Recht der Schlechtestgestellten, von wirtschaftlichen Ungleichheiten zu profitieren, steht am Ende. Ein Recht auf zunehmenden Wohlstand dagegen sucht man bei Rawls vergeblich. Statt dessen erklärt er durchaus provokativ, an materiellen Gütern brauche eine freiheitliche Demokratie nicht viel.

Mein drittes, empirisches Argument ist bescheiden. Es begnügt sich mit der Alltagserfahrung eines schlichten Bürgers: Keiner darf die Tragweite der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise herunterspielen. Im Gegensatz zur ersten Reaktion zahlreicher Fachleute, einer Abwiegelungsstrategie, schlug die Finanzkrise wie ein sozialer Tsunami zu, mit kaum absehbaren Folgen für Arbeitsplätze und Wertpapierguthaben, für Ausfallbürgschaften, Steuereinnahmen und die Zukunftspläne vor allem der Jugend. Trotzdem war die Demokratie in keinem Augenblick ernsthaft gefährdet. Da die Bürger sahen, dass die Politik die Krise ernst nahm, sie nicht bloß als innerökonomisches Problem behandelte und den

Sachverstand über Parteigrenzen hinweg suchte, entwickelten sie, was dafür spricht: ein beachtliches Maß an politischer Besonnenheit und Gelassenheit.

Einer weltweiten Studie zufolge, in den Medien zum 20. Jahrestag des Falles der Berliner Mauer veröffentlicht, ist eine Bevölkerungsmehrheit der Bevölkerung mit dem Kapitalismus unzufrieden. Studienchef Doug Miller kommentierte die Umfrage mit den Worten: „Offenbar war der Fall der Berliner Mauer 1989 doch kein so überzeugender Sieg für den Kapitalismus<sup>1</sup>. Dieser Kommentar beruht auf einer offensichtlichen Fehleinschätzung. DDR-Bürger, Polen, Tschechen und andere mögen auf westlichen Wohlstand gehofft haben; vielen geht es auch materiell besser. Zu Fall kam die Mauer aber, weil man in der DDR endlich die Diktatur samt Stasi- und Spitzelstaat sowie Reiseverbot überwinden und das „einige Volk“ sein wollte. Man verlangte also nicht nach Kapitalismus, sondern nach freiheitlicher Demokratie.

## *2. Was gefährdet die Demokratie heute?*

Folgerichtig finden sich über die Grundbedingungen der Demokratie keine ernsthaften Klagen, weder über regelmäßige Wahlen und öffentliche Debatten noch über Recht und Menschenrechte, auch nicht über die Marktwirtschaft, sofern sie in einen Sozialstaat eingebunden ist. Niemand in Deutschland sehnt sich nach der nationalsozialistischen Diktatur, in den neuen Bundesländern niemand nach dem Stasi- und Spitzelstaat, nach Reiseverbot und Zensur zurück. Enttäuscht ist man darüber, dass die Politik in eine vom Volk weit abgehobene Sphäre auswandert. Statt des Volkes herrschen Berufspolitiker, die, von Parteiführungen organisiert, Gesetzmäßigkeiten folgen, denen man die eigentliche Aufgabe, der bloß dem Gewissen verantworteten Vertretung des Volks, zu wenig ansieht. Eine (ehemalige?) Volkspartei will den Kern des Abgeordnetenmandats, die Verantwortung nur dem Gewissen durch ein imperatives Mandat aushebeln. Zwei andere Parteien verstärken in ihrem Regierungsprogramm die direkte Demokratie. Sobald das Volk sich aber der Regierungspolitik, beispielsweise einer Schulreform, widersetzt, setzt man sich über des Volkes Meinung lieber hinweg. Hinzukommt, dass allzu viele Ämter nicht bloß nach Fachkompetenz, sondern auch nach Parteizugehörigkeit vergeben werden: die Spitzen der Bürokratie, der Regierungspräsidien und anderer Landes- oder Bundesbehörden, die Spitzen selbst von Toto-, Lottogesellschaften und einer landeseigenen Brauerei, ohnehin die höchsten Richter.

Hier trifft das generelle Wort zu: Macht korrumpiert; demokratische Macht korrumpiert die Parteien.

Die Folge ist vorhersehbar und lässt doch den privilegierten Teil des Volkes, die Parteien, fast unberührt:

Einer bundesweiten Befragung zufolge ist das Vertrauen in politische Parteien alarmierend gering. Auf die Bundesregierung vertrauen doppelt so viele, noch mehr auf den Bundestag, wieder mehr auf die Bundeskanzlerin. Und weil sich den Spitzenplatz des Vertrauens zwei den Tagesquerelen enthobene Institutionen teilen, das Bundesverfassungsgericht und der Bundespräsident<sup>2</sup> sollten die Parteien wieder Unterricht in Staatsbürgerkunde nehmen. Sie

---

<sup>1</sup> Welt kompakt, 10.11. 2009, S. 8 [auch Frankfurter Rundschau, 9.11., URL: [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/politik/aktuell/2070389\\_BBC-Studie-zum-Kapitalismus-Die-Systemfrage.html](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/2070389_BBC-Studie-zum-Kapitalismus-Die-Systemfrage.html)

<sup>2</sup> Infratest dimap 2006

sollten lernen, ihre Querelen nicht so genüsslich zu zelebrieren, dass die Bürger hinter dem unvermeidlichen Machtkampf die Sorge für das Gemeinwesen vermissen. Dass das Vertrauen dann sinkt, spricht nicht gegen die Demokratiebereitschaft seitens der Bürger, sondern gegen eine abgehobene, fast schon autistische „Politikerkaste“. Hinzu kommt eine hohe PR-Fähigkeit, die sich nicht selten dem Betrug annähert. So führt man eine Ökosteuer auf Benzin ein, ohne einen erheblichen Teil dem CO<sub>2</sub>-schonenden Schienenverkehr zu überlassen.

Für eine gesunkene Zustimmung dürfte allerdings ein anderer Grund mitverantwortlich sein, eine verzerrende Wahrnehmung. Das einschlägige psychologische Phänomen, die „evaluative Diskontierung“, lässt sich kaum vermeiden: Werden Dinge selbstverständlich, in einer Demokratie etwa eine unparteiliche Justiz und eine weithin korruptionsfreie Verwaltung, die Anerkennung der Grundrechte und ein trotz verdienter Feinkritik hochrangiges Presse-, Bildungs- und Gesundheitswesen, so verlieren sie an subjektiv erlebtem Wert. Dass eine Demokratie trotz der gewaltigen Staatsverschuldung ihre Aufgaben immer noch ziemlich gut erfüllt, wird in Umfragen kaum honoriert.

Nur so im Vorübergehen darf man die Staatsverschuldung freilich nicht behandeln. Hier liegt nämlich eine kollektive Willensschwäche vor, die dem Gemeinwesen enorm schadet. Denn längst lässt die Staatsverschuldung die Möglichkeit öffentlicher Investitionen, mittlerweile sogar die öffentlichen Dienstleistungen schrumpfen. Mangels Sicherheitskräften ist der Schutz eines elementaren Rechtsgutes, des Rechts auf Leib und Leben, in öffentlichen Verkehrswegen und in öffentlichen Verkehrsmitteln gefährdet.

Fehlt es an Finanzmitteln, so drängt sich eine mehr symbolische Politik in den Vordergrund. Man debattiert über sekundäre Themen, die deshalb bald versanden, neue „Ablenkungsdebatten“ erfordern und eine Hektik der Politik zur Folge haben, die die unerlässliche Kultur sorgfältiger Debatten aushöhlt. Nur wenig zugespitzt: Man redet viel und bewegt wenig.

Andernorts droht freilich die Gegengefahr. Man setzt Strukturreformen übereilt in Gang, führt sie ohne esprit de finesse durch und erreicht am Ende das Gegenteil des Geplanten.

Ein gutes Beispiel bietet der Bologna-Prozess in den Hochschulen: Sowohl die innerstaatliche als auch die internationale Mobilität haben abgenommen, das Studium dauert länger und die Abbrecherquote ist gestiegen. Oder: Die Politik, wie gesagt: PR-begabt, überzieht die Hochschulen mit „einer Exzellenzinitiative, die vom Hauptproblem, der chronischen Unterfinanzierung, genial ablenkt.

Man könnte einer Kritik an der enormen Staatsverschuldung entgegenhalten, die Tragweite des Themas habe man erst spät erkennen können. In Wahrheit ist die Staatsverschuldung in einem langen Prozess gewachsen, in dessen Verlauf vielfach gewarnt wurde. John Rawls hat schon vor fast vier Jahrzehnten aus Gerechtigkeitsgründen, von jeder Generation verlangt, nicht nur die Errungenschaften der Kultur und Zivilisation und die gerechten Institutionen zu bewahren. Sie habe auch eine angemessene Kapitalakkumulation zu betreiben. Die dafür zuständige gerechte Sparrate ist zwar schwer zu bestimmen. Eine Staatsverschuldung, deren Schuldzinsen mittlerweile mehr als 15 % der öffentlichen Haushalte verschlingt, dürfte den Gerechtigkeitsgrundsatz aber offensichtlich verletzen.

Eine Demokratie, die drohende Übel erst erkennt, wenn sie sich deutlich zeigen, verletzt die Grundaufgabe jeder Politik. Nach diesem Kriterium ist unserer Demokratie, ist der damaligen

Speerspitze politischer Neuerung, den ökologischen Bürgerinitiativen, auch den intellektuellen Wortführern und den meinungsbildenden Medien, „Versagen durch Verdrängen“ vorzuwerfen. Statt ihr eigenes Kriterium, die Nachhaltigkeit, auf die Finanzierbarkeit von Zukunftsaufgaben anzuwenden, trieben sie die Staatsverschuldung noch voran.

Ein weiteres Beispiel der Strategie „Versagen durch Verdrängen“ bietet die demographische Entwicklung. Bei ihr findet zweierlei statt: ein „Überalterung“, aber in Anführungszeichen, da viele Menschen länger körperlich und geistig fit bleiben, und eine Unterjüngung, denn es fehlt an Kindern und Jugendlichen.

Nun gehört die Bevölkerungsentwicklung zu den bestens vorhersehbaren Phänomenen. Die Zahl der Auswanderer und die der Zuwanderer sind zwar schwer vorherzusehen; sie verändern aber den Altersaufbau nicht erheblich. Einflussreicher sind sie für die veränderte Zusammensetzung allem der Grundschule: Die vielen Zuwanderer, die die hiesige Schul-, Umgangs- und Amtssprache nicht beherrschen, verringern das schulische Lerntempo erheblich.

Auf beide Entwicklungen: den veränderten Altersaufbau und die neue Zusammensetzung der Schulklassen, trifft das Genannte ebenfalls zu: Es gab frühe Warnungen, die aber verdrängt wurden; gelegentlich machte man sich sogar über sie lustig.

Die „Kunst“ des Verdrängens beherrschen auch liberale Intellektuelle. Denn wer traut sich die Frage aufzuwerfen, ob im Rahmen der Migration Deutschland nicht vor allem eine Bildungsunterschicht anzieht, dafür einen erheblichen Teil der Bildungsoberschicht ans Ausland verliert? Von den Hochbegabten, die die Studienstiftung des Deutschen Volkes fördert, leben heute 20% im Ausland, und viele davon mehr als nur vorübergehend.

Für ein letztes Beispiel zum Thema „Drängen statt Verdrängen“ überschreiten wir unsere KirchturmspERSpektive: Dem regenreichen Mitteleuropa ist fremd, was im Weltmaßstab zu einem drängenden Problem wird: die Wasserknappheit. Während in Mitteleuropa in trockenen Sommern allenfalls das „Komfortwasser“ für Gärten und Autowaschen knapp wird, fehlt es andernorts an lebenswichtigem Trinkwasser, zusätzlich an Wasser für die zum Überleben notwendige Landwirtschaft. Trotzdem wird dieses Problem globale gesehen weitgehend verdrängt.

### *3. Ist die Demokratie zukunftsfähig?*

Muss man daraus schließen, dass die Demokratie nicht bloß hier und da, sondern im Kern gefährdet ist? Zwei Argumentationsreihen sollten hier genügen. Die erste besteht in einer Art Vorbemerkung:

Nach einer verbreiteten Legende gelten Demokratien als reformunfähig; zumindest herrsche in ihnen ein Reformstau. Tatsächlich sind zahlreiche Teilgebiete, etwa Schulen und Hochschulen, die Sozialversicherungen, die Steuergesetze und der Bundesstaat sowie der Umweltschutz vielfach reformiert worden. Nicht Reformunfähigkeit ist vorzuwerfen, sondern allenfalls, dass man die falschen Reformen durchführen oder die richtigen überhastet, ohne reifliche Überlegung und sensible Durchführung. Derartige Vorwürfe, im Fall des Bologna-Prozesses hochberechtigt, gehören aber in den üblichen politischen Streit.

Wer auf die Schwierigkeit schaut, Zukunftsbelange organisationsfähig zu machen, könnte schier verzweifeln. Denn die Chancen, im Finanz-, Sozial- und Umweltbereich die gegenwartsfixierte Gesellschaftspolitik durch Generationengerechtigkeit zu ersetzen, erscheinen als denkbar schlecht.

Ein fairer Blick tritt aber dem Verzweifeln entgegen. Wie eine Gesellschaft mit weniger Jugendlichen und mehr Älteren auf Dauer aussehen wird, kann heute niemand wissen. Verbreitet ist die Befürchtung, angesichts weniger junger Menschen verliere sie zwangsläufig an Innovationskraft. Die Wirklichkeit entkräftet die Befürchtung. Denn auf der einen Seite führt der Gesetzgeber die Pflegeversicherung ein. Auf der anderen Seite entwickelt die Bürgergesellschaft eine derart vielfältige Hilfe, dass man sie als ein „Wunder gegen den Zeitgeist“ ansehen darf: Seit etwa 1980 steigt die Freiwilligenhilfe; die Zahl der Nachbarschaftsvereine und der Selbsthilfsgruppen wächst; die Hospizbewegung, die Aidshilfe und die Familienpflege erstarken. Nicht zuletzt tragen Bürgerstiftungen zum Gemeinwohl bei, brechen also die Dominanz von Eigennutz und Marktorientierung auf. Andere Probleme bleiben freilich noch zu lösen. Erneut sind beide Seiten, die traditionelle Politik und die Bürgergesellschaft, gefordert: Weil niemand gern in eine Altersheim geht, sind Hilfen zu schaffen, die einem neuen Muster folgen: Statt den Menschen zur Hilfe, bringe man lieber die Hilfe zum Menschen.

Ich komme zu einer zweiten Argumentationsreihe, einer für die Zukunftsfähigkeit der Demokratie vorläufigen Bilanz: Rhetorisch eindrucksvoller wäre jene eindeutige Bilanz, die die Demokratien entweder für schlechthin zukunftsfähig oder aber im Gegenteil für rundum zukunftsunfähig erklärt. In Wahrheit muss man sich die Vereinfachung versagen: Weder verdient die reale Demokratie das pure Lob, noch ist bloße Schelte angebracht.

Die erste, am schwersten zu überwindende Barriere ist nicht demokratiespezifisch. Dass uns die Zukunft nicht so viel wie die Gegenwart wert ist, diese sogenannte Diskontierung der Zukunft, trifft alle Gemeinwesen, auch Nichtdemokratien.

Wer dagegen nicht bloß an morgen oder übermorgen, sondern fast an die Ewigkeit denkt, der schafft Werke, die ebenso fast für die Ewigkeit Bestand haben. Er baut beispielsweise jene Tempel, Burgen, Kirchen und Paläste oder er legt jene Plätze, Gärten und Parks an, die die Menschen über Jahrhunderte, mancherorts sogar Jahrtausende bewundern. Hier, bei der Gelände-, Stadt- und Landschaftskultur, scheinen Demokratien kleinlich zu sein. In Nichtdemokratien sieht es aber kaum anders aus. Im übrigen darf man nicht die vielen Museen vergessen, manches Theater- und Operngebäude, auch Rathäuser, nicht zuletzt Brückenbauten, die auf funktionsspezifische Weise demokratische Offenheit mit ästhetischem Anspruch verbinden. Und in einer so wichtigen Zukunftsaufgabe, dem Natur- und Umweltschutz, sind Demokratien den Nichtdemokratien meist überlegen.

Gegenwartsbezogen, nicht selten sogar gegenwartsfixiert sind Demokratien wegen des begrenzten Zeithorizonts. Die Tagespolitik verlangt eine der medienwirksamen Selbstinszenierung, Medien haben aber ein kurzes Gedächtnis. Weiterhin ist man von Meinungsumfragen abhängig und von der ständig „vor der Tür“ stehenden nächsten Wahl. Ferner lassen sich Zukunftsinteressen schwerer organisieren als Gegenwartsinteressen. Einen Rentnerbund kann man leichter und schlagkräftiger aufbauen als eine Gesellschaft zur langfristigen Sicherung der Rentensysteme.

Glücklicherweise gibt es Gegenkräfte: Um die „operative Kurzsichtigkeit“ zu überspielen, delegiere man bestimmte Verantwortungen an unabhängige Organisationen, etwa an die Bundesbank, das Bundesgesundheitsamt und an ein Kartellamt. Auch beruft man wissenschaftliche Beratungsgremien und meldet sich eine politisch selbstbewusste Öffentlichkeit zu Wort.

Außerdem darf man nicht erneut in den Fehler einer hedonischen Diskontierung verfallen, nämlich der Gefahr, selbstverständliche Zukunftsleistungen für gering zu erachten: Trotz der Bedrohung durch das organisierte Verbrechen sichern unsere Demokratien zwei der wichtigsten Zukunftsgüter noch ziemlich erfolgreich: den Rechtsfrieden im Inneren und den äußeren Frieden zumindest mit den Nachbarn. Trotz gelegentlicher Streiks und anderer Proteste ist auch der soziale Friede kaum gefährdet. Selbst die neuartigen Schwierigkeiten, der Terrorismus und die Integrationsschwächen vieler Zuwanderer, gefährden weder den inneren Frieden noch die Rechtssicherheit in einem kollektiv bedrohlichen Ausmaß.

Mindestens sieben weitere Zukunftsgüter sind erheblich gesichert: ein unparteiliches Gerichtswesen und eine weithin korruptionsfreie Verwaltung, eine die Bürgerinteressen nicht ganz vernachlässigende Gesetzgebung, ein zufriedenstellendes Existenzminimum, zahlreiche Bildungsangebote, eine weithin zuverlässige materielle Infrastruktur (vom Wasser über Strom und Telekommunikation bis zu Verkehrswegen) und, vom Ausland beneidet, eine ziemlich gute medizinische Versorgung. Derartige Zukunftsgüter sind allerdings so selbstverständlich geworden, dass man den überragenden Wert nicht immer hinreichend schätzt.

Überblickt man diese Faktoren, so ist eine vorsichtig positive Bilanz erlaubt: Über eine stupende Zukunftsfähigkeit verfügen unsere Demokratien nicht. Ohnehin sollten sie wieder demokratischer werden und den Charakter eines autistischen Subsystems aufgeben. Sie besitzen aber schon jetzt Ressourcen, mit denen Nichtdemokratien schwerlich mithalten können: eine engagierte Bürgerschaft, ein hohes Bildungs- und Ausbildungsniveau, ihretwegen einen Wissensvorsprung und einen Wirtschaftsvorsprung, nicht zuletzt einen Legitimationsvorsprung. Und die fraglos bestehenden Defizite an Zukunftsfähigkeit vermag ein zusätzlicher Vorsprung, der selbstkritische Lernvorsprung, inskünftig noch stärker auszugleichen.

#### *4. Alternativen zum materiellen Wohlstand*

In meiner letzten Überlegungsreihe suche ich zum materiellen Wohlstand Alternativen und kann mich hier auf interkulturelle, überdies interepochale Gemeinsamkeiten berufen. Schon vor mehr als drei Jahrtausenden wendet sich ägyptische Lebensweisheit insofern gegen den Reichtum, als sie Habgier und Geiz verwirft (s. *Lesebuch zur Ethik*, Nr. 1 und 11). Einer der Sieben Weisen Griechenlands, Periander von Korinth, erklärt noch schärfer: „Gewinn: etwas Schimpfliches“ (Nr. 45). Ein anderer der Sieben, Thales von Milet, sagt zurückhaltender: „Sei nicht reich auf schimpfliche Weise“ (ebd.).

Die Philosophie bekräftigt diese Kritik. Ohne einen moralisierenden Unterton unterscheidet sie verschiedene Stufen, namentlich funktionale Ziele und Endziele. Werden nun funktionale Ziele zu Endzielen pervertiert, so setzt man sein wahres Endziel, ein gelungenes, glückliches Leben aufs Spiel. Genau dieser Perversion erliegt, wer letztlich nur nach materiellem

Wohlstand strebt. Denn der Mensch lebt zwar gern „im Wohlstand“, aber nicht „um des Wohlstandes willen.“

Zugegeben: materieller Wohlstand ist der Inbegriff gegenwärtiger Mittel, um auch seine künftigen Bedürfnisse und Interessen zu erfüllen. Hinzu kommt ein emotionaler Gewinn, ein Sicherheitsgefühl: Da der Mensch in die Zukunft schaut, kann ihn nämlich schon heute der Hunger von morgen plagen. So erfüllt der materielle Wohlstand einen doppelten Dienst. Direkt dient er dem Genuss von morgen, indirekt dem heutigen Genuss, nämlich der Überwindung der gegenwärtigen Angst.

Trotzdem sind Geld und dessen Großbesitz, der Reichtum, von ihrem Begriff her, nur ein Mittel zum Zweck, sogar bloß ein sekundäres Mittel, nämlich ein Mittel, um sich Mittel wie Güter und Dienstleistungen zu besorgen. Im übrigen führt ein zweiter Weg noch sicher zum Wohlstand: Auch derjenige ist reich, dem jede Geldgier fehlt, und wohlhabend, wer sich vom Kaufrausch frei macht.

Bevor man ein sentimentales Lob der Armut anstimmt, vergesse man aber nicht, dass es fast nichts Entwürdigenderes gibt als die ständige Sorge um das tägliche Brot. Wer Geld verachtet, ist in der Regel ein Heuchler oder ein Narr. Denn zu recht sagt Voltaire: „L'argent ne fait pas le bonheur, mais sans l'argent le bonheur n'est qu'une farce“ (Geld schafft kein Glück, aber ohne Geld ist das Glück eine Farce).

Ohnehin erliegt nicht jedes Streben nach Wohlstand der genannten Pervertierung. Wie die Biographien so reicher Personen wie der Fuggers, Rothschilds oder Rockefellers zeigen, geht es oft genug um anderes, und damit treten Alternativen in den Blick. Viele suchen den Erfolg, zusätzlich Macht und nebenbei ein angenehmes Leben. Nicht selten trifft die böse Diagnose aus Toni Morrisons Roman *Liebe* zu (2004,65): „Die Reichen mochten sich benehmen wie die Haie, aber was sie im Inneren antrieb, war der Hunger eines Kindes nach Süßigkeiten ... Verehrung, Gehorsam und allezeit Spaß.“

Andere Ziele sprengen diese Grenzen: Durch Großzügigkeit gewinnt man sich Freunde, durch gesteigerte Großzügigkeit, durch Mäzenatentum, sogar öffentliche Achtung. Sozial-, Kultur- und Wissenschaftsstiftungen wie die Bosch-, Gates-, Rockefeller- und Fritz Thyssen-Stiftung, aber auch kleinere Stiftungen halten die Großzügigkeit ihrer Stifter über viele Generationen in Erinnerung.

Was folgt daraus? Materieller Wohlstand mag hilfreich sein, für das Lebensglück entscheidend ist er nicht. Infolgedessen ist beides unklug, für den Nichtreichen den Reichen zu beneiden und für den Reichen, sich für glücklicher zu halten. Die Glücksforschung liefert zwei eindrucksvolle Bestätigungen; die eine: „Obwohl die Menschen im Westen immer reicher werden, sind sie keineswegs glücklicher geworden“ (Layard 2005, 13). Die andere Bestätigung: Im Ländervergleich leben in armen Ländern wie Indonesien, Kolumbien und Mexiko prozentual ähnlich viele glückliche Menschen wie im Durchschnitt der reichen Industrienationen (ebd., 46). Und die Lebenserfahrung eines bis vor kurzem mächtigen Industrieführers bekräftigt es: Wer nicht hat, was letztlich zählt, beispielsweise eine treue Familie und echte Freunde, ferner erfüllende Tätigkeiten wie Spiel und Sport, Musik und weitere kulturelle Aktivitäten, erlebt beim Absturz aus Amt und Ansehen ein menschliches Desaster.

Damit sind im Vorübergehen schon Alternativen genannt. Eine Alternative, Freundschaft, ist nicht bloß von persönlicher Bedeutung. Ein Kirchenvater der politischen Philosophie,

Aristoteles, hält die Freundschaft für wichtiger als die Gerechtigkeit, denn ein Gemeinwesen lebt aus vielfältiger Kooperation. Von Berufskontakten und Geschäftsverbindungen über sportliche, soziale, kulturelle und wissenschaftliche Gemeinschaften bis zu Verwandtschaften und Nachbarschaften wird jene „Entscheidung, miteinander zu leben“, praktiziert, in der die Freundschaft besteht (*Politik*, III 9, 1280b 36-39).

Auch heute treten in einer Bürgerschaft, die diesen Namen verdient, Momente von „civic friendship“, von (staats-) bürgerlicher Freundschaft, zutage. Ihr politisch wichtigster Ausdruck besteht im Bürgerengagement, das sich mittlerweile zur erwähnten Bürgergesellschaft verdichtet hat. Die Bürgergesellschaft wendet sich gegen den Staat, der die Bürger zu gängeln neigt und dabei seine Legitimation überdehnt, der sich überdies vorhersehbar überfordert. Wer ehrenamtlich tätig ist, hilft nicht bloß den Adressaten. Seine Tätigkeit aktiviert berufliche Kenntnisse und Kompetenzen; sie entfaltet organisatorische und soziale Fähigkeiten; man erfährt Dankbarkeit und insgesamt, was im Leben zum wichtigsten gehört: Selbstachtung und Achtung durch andere.

Betrachten wir zwei weitere Alternativen, als erstes die Arbeitsplätze: Diente die Arbeit bloß dem Lebensunterhalt, so könnte eine wohlhabende Gesellschaft sie einem Teil der Bevölkerung überlassen und den anderen Teil unter dem schönen Titel „Bürgerlohn“ alimentieren. In der heutigen Welt leistet sie aber weit mehr. Das Mehr beginnt mit der Bildung und Ausbildung: Um für einen Arbeitsplatz Chancen zu haben, braucht der Jugendliche Kenntnisse und Fähigkeiten, einschließlich der Fähigkeit zum beruflichen und sozialen Weiterlernen. Nötig sind auch Einstellungen wie Arbeitswille und Kooperationsbereitschaft, nicht zuletzt Kreativität und Mobilität. Lediglich der Berufsfähigkeit dienen all diese Erfordernisse aber nicht. Sie helfen auch, Begabungen zu entfalten und sie zu bewundernswerten Höchstleistungen fortzubilden.

Aus diesen Gründen ist die für den Menschen unverzichtbare Anerkennung in hohem Maße von der Berufs- und Arbeitswelt her bestimmt. Das aufgeklärte Selbstinteresse widerspricht deshalb einmal mehr der Überbewertung des materiellen Wohlstands. Es drängt die Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik beides zu prämiieren: auf seiten der Volkswirtschaft die Schaffung von Arbeitsplätzen und auf seiten der Individuen, jene Suche nach ihnen, die auch Mühen und Durststrecken in Kauf nimmt.

Nicht zuletzt verstößt eine Politik, welche die der Vollbeschäftigung entgegenstehenden Strukturprobleme verdrängt, gegen die Gerechtigkeit. Denn sie zieht die Besitzer von Arbeitsplätzen den Besitzlosen und die heutigen Besitzern den künftigen vor. Wer sich immer noch auf eine Konkurrenz von Arbeit und Kapital fixiert, übersieht nicht bloß den hohen Kapitaleinsatz, den es für qualifizierte Arbeitsplätze braucht. Er verkennt auch die der Arbeitnehmerseite interne Konkurrenz: Zu hohe Schutzbestimmungen für Arbeitsplatzbesitzer schränken die Chancen für Arbeitssuchende empfindlich ein.

Eine weitere Alternative erinnert an Albert Camus, an seine nachgelassene Autobiographie. Dort lobt er seine Volksschule, denn sie nährte „den Hunger, der für das Kind noch wesentlicher war als für den Mann, der Hunger nach Entdeckung“. Jener Denker, der sowohl im islamischen als auch im christlichen Mittelalter schlicht „der Philosoph“ genannt wird, Aristoteles, bringt die auf den anthropologischen Begriff: „*Pantes anthrôpoi tou eidenai oregontai physei*: Alle Menschen verlangen nach Wissen von Natur aus.“ (*Metaphysik*, Einleitungssatz)

Bei beiden Denkern, bei Aristoteles und bei Camus, ist der Hunger nach Entdeckung an keinen Nutzen gebunden. Diese Übereinstimmung enthält eine Botschaft, welche die der Bildung dienenden Natur- und Geisteswissenschaften der globalen Welt vermittelt: Zum Menschen gehört eine nutzenfreie Wissbegier. Ihretwegen sind Geisteswissenschaften, aber auch Mathematik und Naturwissenschaften „humanities“, nämlich Tätigkeiten, in den sich das Humanum des Menschen zeigt. „Humanities“ sind sie aber auch, nehmen wir exemplarisch die Geisteswissenschaften, in der zweiten Bedeutung, dass sie so gut wie den gesamten Reichtum der Menschheit entschlüsseln: die ganze Fülle von Texten, Bildern und Gebäuden, von Musik und Tanz, von Rechtsordnungen und sozialen Strukturen, und all dies von Kulturen aller Welt.

Eine weitere Leistung hat den Charakter der Aufklärung und ist für die globale Welt unverzichtbar. Die Geisteswissenschaften helfen, von der eigenen Kirchturmperspektive frei zu werden. Diese Emanzipation verspricht eine erfreuliche politische Nebenwirkung. Kommt sie großen Teilen der Bevölkerung zugute, so tritt der Erfolg ein, den wir vom Humanismus als Epoche kennen: Man löst sich aus der engstirnigen Fixierung auf die eigene Kultur, und aus der Kenntnis des Fremden entstehen wie von selbst Offenheit und Toleranz. Aus diesem Grund ist die entsprechende Bildung nicht bloß ein *Bürgerrecht*, sondern ebenso eine *Bürgerpflicht*. Jedes Gemeinwesen hat den Bürgern diese Bildung sowohl zu ermöglichen, als auch zuzumuten. Und der Weltgemeinschaft obliegt die Aufgabe, alle Kulturen zu drängen, Neigungen zur imperialen Selbstüberschätzung aufzugeben und sich in eine zumindest rechtliche Anerkennung der Anderen und des Anderen zu fügen.

Die zweite erfreuliche Nebenwirkung: Wegen der gesunkenen Wochenarbeitszeit und der gestiegenen Rentenzeit ist der Anteil an der nichtlohnorientierten Lebensgestaltung erheblich gewachsen. Zusammen mit dem hohen Bildungsstand der Bevölkerung ergibt sich daraus ein großer Bedarf an geisteswissenschaftlichen Angeboten. Mit den sogenannten Freizeitparks halten sie leicht mit: Museen und Ausstellungen sind überfüllt, Kulturreisen begehrt, und der Ruf nach Seniorenuniversitäten ertönt immer stärker.

Nicht zuletzt wird man für Dinge sensibel, um derentwillen es sich lohnt, geboren zu sein und sich auch Verzicht zu engagieren, für so wesentliche Dinge wie Philosophie und Literatur, wie Musik, bildende Kunst und Architektur.

Diese Dinge sind aber nicht bloß von persönlicher Bedeutung. Eine Gesellschaft lebt aus Gemeinsamkeiten, die in der Regel mit jener Sprache (oder wohldefinierten Mehrsprachigkeit) beginnen, in der die Rechtstexte formuliert und im Parlament sowie in der Öffentlichkeit debattiert werden. In deren Hintergrund steht eine reiche philosophische, literarische, soziale und vor allem Rechtskultur. Mit der Wirtschaft verdient eine Gesellschaft ihren Lebensunterhalt, mit Recht, Menschenrechten und Demokratie genügt sie dem Leitwert der Gerechtigkeit. Ihren Zusammenhalt findet sie aber über die Sprache, über Wissenschaft und Philosophie, nicht zuletzt über Musik, Architektur und Kunst.

*Für nähere Überlegungen samt Literatur zu den Abschnitten 1-3 siehe Otfried Höffe: „Ist die Demokratie zukunftsfähig? Über moderne Politik“, Beck Verlag: München 2009; zu Abschnitt 4 siehe O. H., Lebenskunst und Moral. Oder: Macht Tugend glücklich?“, Beck Verlag: München 2007, Taschenbuch 2009.*